

Themenschwerpunkt

Landwirtschaftsproteste in Deutschland

Umkämpfte Reaktionen auf Transformationsdruck in agrarischen Strukturen

Hajo Holst, Steffen Niehoff, Martin Franz*

Rückwärts in die Zukunft – die Landwirtschaftsproteste 2023/24 und das Greening des landwirtschaftlichen Modernisierungspfad

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2025-0050>

Zusammenfassung: Um den Charakter der Landwirtschaftsproteste in Deutschland vom Winter 2023/24 zu beleuchten, verbindet der Beitrag die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten mit einer polit-ökonomischen Perspektive auf das Greening des landwirtschaftlichen Modernisierungspfad. Anhand eines Mixed-Methods-Ansatzes, der eine Clusteranalyse (n=1.018) mit narrationsorientierten Interviews (n=34) kombiniert, werden die Haltungen von Landwirt*innen zur Transformation des Agrarsektors untersucht. Überspitzt formuliert lässt sich die Protestwelle als eine von einer konservativ bis rechtspopulistischen Koalition getragene agrarpolitisch rückwärtsgewandte, anti-etatistische und anti-urbane Gegenbewegung zur sozial-ökologischen Transformation begreifen. Dominiert wurden die Proteste nämlich von Landwirt*innen, die eine Ökologisierung der Landwirtschaft skeptisch betrachten, eine aktive Rolle des Staates in der Transformation ablehnen, die Gesellschaft von Stadt-Land-Gegensätzen geprägt sehen und ein agrarpolitisches Rollback fordern. Auch für das Verständnis der Durchsetzung des grünen Kapitalismus sind die Befunde relevant: Faktisch verteidigte die

Anmerkung: Die Autoren danken Agnes Fessler, Daniel Heinz, Lina Krise, Jana Püttmann, Ingo Singe, Sophia Segler, Nathan Weis sowie den beiden anonymen Gutachter*innen und den Herausgeber*innen des Themenhefts des Forschungsjournals Soziale Bewegungen „Diversität der Landwirtschaftsproteste in Deutschland: Umkämpfte Reaktionen auf Transformationsdruck in agrarischen Strukturen“ für hilfreiche Anmerkungen.

***Kontakt: Prof. Dr. Hajo Holst**, Universität Osnabrück, E-Mail: haholst@uni-osnabrueck.de;
Steffen Niehoff, Universität Osnabrück, E-Mail: steffen.niehoff@uni-osnabrueck.de;
Prof. Dr. Martin Franz, Universität Osnabrück, E-Mail: martin.franz@uni-osnabrueck.de

Protestbewegung den industriellen Modernisierungspfad der Landwirtschaft gegen dessen Greening, obwohl die ökologischen Probleme unübersehbar sind und viele Landwirt*innen schon seit geraumer Zeit unter den sozialen Nebenfolgen leiden. Mitverantwortlich hierfür dürfte der für die Entwicklung des grünen Kapitalismus typische Modus der Transformation des Agrarsektors sein, dem Greening eines etablierten Modernisierungspfades, das dessen größte ökologische Nebenfolgen einzudämmen sucht, die ökonomischen Eckpunkte des Pfades aber nicht in Frage stellt.

Abstract: In order to analyze the character of the agricultural protests in Germany of winter 2023/24, this article brings together research on socio-ecological transformation conflicts and a political-economic perspective on the greening of the agricultural modernization path. Using a mixed-methods-approach combining a cluster analysis (n=1.018) und narration-oriented qualitative interviews (n=34), the article examines farmers' attitudes toward the socio-ecological transformation of the agricultural sector. To put it bluntly, the protest wave can be understood as a backward-looking in terms of agricultural policy, anti-statist, and anti-urban counter-movement to socio-ecological transformation, supported by a conservative to right-wing populist coalition. The protests were dominated by farmers who are skeptical about the greening of agriculture, reject an active role for the state in the transformation, see society as dominated by urban-rural contrasts, and demand a rollback of agricultural policy. The findings are also relevant for the understanding of the emergence of green capitalism: as a matter of fact, the protest movement defended the industrial modernization of agriculture against its greening, even though the ecological problems are obvious and many farmers have been suffering from its social side-effects for some time. This is in part due to the specific mode of the transformation of the agricultural sector which is typical of the emergence of green capitalism, namely the greening of an established modernization path that seeks to curb its most serious ecological side effects but does not question the economic cornerstones of that path.

1 Einleitung

Im Winter 2023/24 erschütterte eine Protestwelle von Landwirt*innen die Bundesrepublik Deutschland. Ausgelöst wurden die Proteste durch die Ankündigung der Bundesregierung, im Rahmen eines größeren Sparpakets auch Subventionszahlungen für landwirtschaftliche Betriebe – die Kfz-Steuererleichterung für landwirtschaftliche Fahrzeuge und die als ‚Agrardiesel‘ bekannte Energiesteuerrückerstattung – zu beenden. Die Regierungspläne lösten die mit Abstand größte Protestwelle

von Landwirt*innen in der deutschen Nachkriegsgeschichte aus. Zwischen Mitte Dezember und Anfang März wurde im Grunde täglich an irgendeinem Ort des Landes demonstriert (Finger et al. 2024). Rückblickend waren die Kürzungspläne jedoch nur der Anlass für die Demonstrationen: In der über mehrere Wochen anhaltenden Protestwelle entlud sich aufgestauter Frust über die staatliche Agrarpolitik und die vermeintlich schwindende gesellschaftliche Wertschätzung der Landwirtschaft. Besonders in der Kritik der Protestierenden standen die Ampelregierung und die politischen Anstrengungen, den – vor dem Hintergrund der Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels, der Umweltverschmutzung und der Übernutzung natürlicher Ressourcen notwendigen – ökologischen Umbau der Landwirtschaft voranzutreiben (Fickel/Anderl 2024: 177).

Die internationale Forschung stuft die Proteste in der Landwirtschaft in Deutschland als Bestandteil eines europäischen Protestzyklus ein, der seinen Ausgang im Oktober 2019 in den Niederlanden nahm (Matthews 2024: 83). Zwar gingen nur wenig später auch in Deutschland Landwirt*innen auf die Straße (Heinze 2022), in den Niederlanden entwickelten die Proteste jedoch eine wesentlich größere Dynamik – sowohl mit Blick auf die zahlenmäßige Beteiligung als auch hinsichtlich der politischen Implikationen. Auslöser der Proteste war die Entscheidung der niederländischen Regierung, den landwirtschaftlichen Tierbestand bis 2030 zu halbieren. Obwohl die Regierung vom nationalen Verfassungsgericht zu einer deutlichen Reduktion des Stickstoffausstoßes des Landes gezwungen wurde, gingen in allen Regionen des Landes Landwirt*innen gegen die Regierungspläne auf die Straße (van Halm 2022). Und mehr noch: In der Folge der Protestwelle formierte sich eine rechtspopulistische Bewegung („BoerBurgerBeweging, BBB“), deren parlamentarischer Arm in den Folgejahren bemerkenswerte Wahlerfolge errang. Die enge Verbindung von Landwirtschaftsprotesten und (Rechts-)Populismus in den Niederlanden (van der Ploeg 2020) setzte auch in anderen europäischen Ländern die Frage nach der politischen Stoßrichtung der Proteste auf die Agenda. So wurde in den deutschen Medien intensiv über eine mögliche „rechtsextreme ‚Unterwanderung‘“ der Proteste spekuliert (Fickel/Anderl 2024: 176).

Welche Rolle die sozial-ökologische Transformation für die Proteste deutscher Landwirt*innen im Winter 2023/24 tatsächlich gespielt hat und wie die Protestwelle politisch einzuordnen war, darüber fehlen bislang jedoch belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse. An diesen Punkten setzt der Beitrag an. Auf der Basis eigener quantitativer und qualitativer Erhebungen untersuchen wir die Haltungen protestierender Landwirt*innen zur beginnenden Transformation des Agrarsektors – und vergleichen diese mit den Haltungen von Landwirt*innen, die sich nicht an den Protesten beteiligten. Der Beitrag basiert auf einem Mixed-Methods-Ansatz, der eine Clusteranalyse mit qualitativen Interviews kombiniert, und bettet die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten in eine politökonomische

Perspektive auf das Greening des Agrarsektors ein. Ausgehend von der Erkenntnis, dass ökologische Umstellungsprozesse soziale Konflikte auslösen können, die wiederum in der Lage sind, den Verlauf der Nachhaltigkeitstransformation negativ zu beeinflussen, hat sich die sozialwissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren verstärkt mit den Perspektiven betroffener Akteur*innen auf die Transformation beschäftigt (Bose et al. 2020; Dörre et al. 2024). Allerdings liegen bislang kaum Arbeiten vor, die die Bandbreite real existierender subjektiver Perspektiven ernst nehmen; allzu häufig werden die Sichtweisen betroffener Akteur*innen relativ homogen dargestellt. Eingebettet ist die Rekonstruktion der unter Protestierenden verbreiteten Haltungen zur Transformation in eine politökonomische Perspektive, die den spezifischen Modus des Umbaus des Agrarsektors in den Blick nimmt. Im Fall der Landwirtschaft nimmt die angelaufene Transformation den – für die Herausbildung des grünen Kapitalismus typischen – Modus eines Greenings des etablierten Modernisierungspfades an, das die größten ökologischen Nebenfolgen der seit den 1960er Jahren laufenden Industrialisierung der Landwirtschaft zu adressieren sucht, ohne jedoch die ökonomischen Eckpunkte des auf Produktivitätssteigerungen und niedrige Rohstoffpreise zielenden Pfades in Frage zu stellen.

Empirisch zeigt der Beitrag vor allem drei Dinge: *Erstens* macht die Analyse der Transformationsperspektiven von Landwirt*innen deutlich, dass die beginnende Transformation kaum Rückhalt innerhalb der Landwirtschaft genießt. Die vier unter Landwirt*innen verbreiteten Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation – die klimawandelskeptische Transformationsopposition, die liberale Bevormundungskritik, die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik – unterscheiden sich zwar deutlich in den Einschätzungen der Ökologisierung des Agrarsektors und in den Bewertungen der aktuellen Agrarpolitik, keine der vier Haltungen bezieht sich jedoch positiv auf den aktuellen Transformationspfad. *Zweitens* lässt sich die Protestwelle als agrarpolitisch rückwärtsgewandte Gegenbewegung zur sozial-ökologischen Transformation charakterisieren. Getragen wurde die Protestwelle im Winter 2023/24 nämlich von der klimawandelskeptischen Transformationsopposition und der liberalen Bevormundungskritik, die beide äußerst skeptisch auf die Ökologisierung der Landwirtschaft schauen, vehement eine aktive Rolle des Staates in der Transformation ablehnen, die Gesellschaft als geprägt von Stadt-Land-Gegensätzen wahrnehmen und eine Rücknahme der agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen fordern. Landwirt*innen mit einer transformationsaffinen Haltung nahmen, obwohl sie den aktuellen agrarpolitischen Transformationspfad ebenfalls stark kritisierten, deutlich seltener an Demonstrationen teil und beteiligten sich noch seltener an der Organisation von Protestaktivitäten. *Drittens* deutet die soziale Basis der protesttragenden Transformationsperspektiven darauf hin, dass die Gegenbewegung zur sozial-ökologischen Transformation ihre politische Heimat im Konservatismus und

Rechtspopulismus hatte und stark von Landwirt*innen getragen wurde, die in der Vergangenheit dem Leitspruch des ‚Wachsens oder Weichens‘ gefolgt sind, zugleich aber in besonderem Maße unter den sozialen Nebenfolgen des etablierten Modernisierungspfades leiden.

Entwickelt wird diese Argumentation in folgenden Schritten: Nach dem Blick auf den Forschungsstand zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten und das Greening des Agrarsektors (2) erfolgt die Vorstellung des empirischen Materials und der verwendeten Methoden (3). Die empirische Analyse besteht aus zwei Teilen, erstens der Typologisierung von unter Landwirt*innen im Allgemeinen verbreiteten Haltungen zur Transformation des Agrarsektors (4) und zweitens einer vertieften Analyse der Transformationsperspektiven der Protestierenden (5). Zum Abschluss werden die Befunde bilanziert und an die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten und der Entwicklung des grünen Kapitalismus zurückgebunden (6).

2 Forschungsstand: sozial-ökologische Transformationskonflikte und grüner Kapitalismus

Die Haltungen von Landwirt*innen in Deutschland zur sozial-ökologischen Transformation des Agrarsektors sind bislang kaum explizit untersucht worden (für eine explorative Analyse der Perspektiven von Frauen in der Landwirtschaft, siehe Pieper et al. 2023: 59 ff). Anknüpfungspunkte für eine solche Forschung sind vor allem zwei Arbeiten, die sich mit den subjektiven Perspektiven landwirtschaftlicher Akteur*innen auf den Mechanismus der Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) (Bethge/Lakner 2023) und auf die ökologische Weiterentwicklung der GAP beschäftigen (Feindt et al. 2021). Beide Studien kommen interessanterweise zu homologen Ergebnissen: Auf der Basis von Clusteranalysen werden jeweils drei Perspektiven identifiziert, und zwar eine stark ökologisierungablehnende, eine leicht ökologisierungskritische und eine ökologisierungaffine Haltung. Im Vergleich zu diesen Studien ist der inhaltliche Fokus unserer Analyse der Haltungen von Landwirt*innen zur sozial-ökologischen Transformation des Agrarsektors breiter angelegt. Außerdem erlauben das weitaus größere quantitative Sample sowie die Verbindung mit den qualitativen Interviews weitergehende Differenzierungen und Tiefenbohrungen in den in der Landwirtschaft existierenden mentalen Transformationswelten.

Um im Folgenden die Haltungen von Landwirt*innen zur Transformation des Agrarsektors im Allgemeinen und die Perspektiven der Protestierenden im Besonderen zu untersuchen, greift der Beitrag die in der jüngeren Vergangenheit

florierende Diskussion über sozial-ökologische Transformationskonflikte auf und bettet diese in eine polit-ökonomische Perspektive auf die Ökologisierung des Agrarsektors ein. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass die Akteur*innen ihre Haltung zur Transformation nicht aus der Beschäftigung mit einer abstrakten Idee der Ökologisierung entwickeln, sondern in Auseinandersetzung mit real ablaufenden Transformationsprozessen – im Fall der Landwirtschaft also mit dem Greening des industriellen Modernisierungspfades, der die europäische Landwirtschaft seit den 1960er Jahren prägt.

Sozial-ökologische Transformationskonflikte

Die Konflikthaftigkeit der sozial-ökologischen Transformation ist in den letzten Jahren vermehrt zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung geworden (Bose et al. 2020; Neckel 2020; Dörre et al. 2024). Transformationskonflikte lassen sich als Auseinandersetzungen begreifen, „die sich aus spezifischen gesellschaftlichen Leitbildern oder Imaginationen sowie der praktischen Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation hin zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit ergeben“ (Sommer/Schad 2022: 455). Untersucht wurden beispielsweise die Beschäftigungsfolgen der Energiewende (Bose et al. 2020) oder die Reaktionen von Automobilarbeiter*innen auf die Elektrifizierung des Antriebsstrangs (Dörre et al. 2024; Gazmarin/Krashinsky 2023). Die Ungleichheitseffekte der Transformation besitzen besondere Sprengkraft, wenn sich betroffene Gruppen gesellschaftlich im Niedergang sehen, wenn antizipierte Transformationsverluste also auf materielle Abstiegs- oder symbolische Abwertungserfahrungen treffen (Sommer/Schad 2022; Bose et al. 2020). In diesen Fällen wird häufig nicht nur das wirtschaftliche Überleben – Einkommen, Altersabsicherung oder auch die Zukunftsperspektiven der eigenen Kinder – als gefährdet gesehen, zur Disposition steht auch „die Geltung ihrer kulturell verankerten Lebensführung“ (Neckel 2020: 96). Für die Analyse der subjektiven Perspektiven von Landwirt*innen ist die Interaktion von Abwertungs- und Abstiegserfahrungen mit den Erwartungen an die Auswirkungen der Transformation besonders interessant, fühlen sich Teile der Landwirtschaft doch schon seit geraumer Zeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt (Pongratz 1987). Aber auch für die Transformationsforschung ist diese Konfliktperspektive relevant. Die aktuellen Diskussionen um einen möglichen „climate backlash“ (Patterson 2023; Yazar 2023) zeigen, dass sozial-ökologische Transformationskonflikte das Potenzial besitzen, die Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit zu verlangsamen oder sogar völlig auszubremsen – und dabei auf die Legitimität von Klimaschutzpolitik, einzelner Parteien oder des ganzen politischen Systems zurückwirken (Patterson 2023). So produktiv die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten auch ist, bislang

sind Analysen, die die real existierende Bandbreite an Wahrnehmungen konkreter Transformationsprozesse ernst nehmen rar gesät. Allzu oft wird in besonderem Maße betroffenen Akteur*innen wie Automobil- oder Bergarbeiter*innen eine einheitliche Sicht auf die Transformation unterstellt (Dörre et al. 2024; Bose et al. 2020; Ausnahmen: Villamor et al. 2014; Wittmayer et al. 2017; Eversberg et al. 2024). Dabei ist zu erwarten, dass auch in diesen Gruppen unterschiedliche Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation existieren – und dass diese subjektive Vielsichtigkeit der sozial-ökologischen Konflikte letztlich auch die Gestaltbarkeit der Transformation beeinflusst.

Greening des industriellen Modernisierungspfades der Landwirtschaft

Im Agrarsektor hat sich seit den 1960er Jahren, angetrieben durch die GAP der EU und die deutsche Landwirtschaftspolitik, ein auf die Industrialisierung der Landwirtschaft zielender Modernisierungspfad durchgesetzt. Produktivitätssteigerungen und eine intensive Produktionsweise galten – und gelten bis heute – als Schlüssel für eine wettbewerbsfähige europäische Ökonomie. Massenproduktion und niedrige Preise sollen Ernährungssicherheit und -vielfalt für die Bevölkerung sicherstellen, Lohnzurückhaltung für alle anderen Wirtschaftsbereiche ermöglichen und Arbeitskräfte aus dem Primärsektor freisetzen (Pongratz 1987; Weiland 2024). Zentrale Hebel für die angestrebten Produktivitätssteigerungen sind die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion mittels wachsender Betriebsgrößen, die Technisierung durch zunehmenden (Groß-)Maschineneinsatz sowie die Chemisierung durch den Rückgriff auf Pflanzenschutz und Kunstdünger (Uekötter 2010).

Um den von der Agrarpolitik mithervorgebrachten Pfad einer industriellen Modernisierung der Landwirtschaft hat sich im Zeitverlauf eine ausdifferenzierte Infrastruktur herausgebildet, die heute den auf Produktivitätssteigerungen und Weltmarktpreise zielenden Pfad absichert. Die Infrastruktur der industriellen Landwirtschaft umfasst sowohl nachgelagerte Elemente und Akteur*innen wie den Lebensmitteleinzelhandel mit seinem flächendeckenden Distributionsnetz, den Fabriken der Nahrungsmittelindustrie und der Agrarlogistik als auch vorgelagerte Unternehmen wie Banken und Agrartechnik-, Agrarchemie-, Tiergenetik- und Saatgutunternehmen. Ursprünglich etabliert um die industrielle Landwirtschaft produktions- und konsumseitig abzusichern, konstituiert die Infrastruktur heute erhebliche Machtungleichgewichte. Zum einen unterscheiden sich die in der Infrastruktur investierten Akteur*innen und die landwirtschaftlichen Betriebe rein Größenmäßig. Viele der Infrastrukturunternehmen sind international tätige

Großunternehmen, während die Produzent*innenseite trotz des anhaltenden Strukturwandels von Kleinbetrieben geprägt wird. Zum anderen sind die landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der Marktstruktur in besonderem Maße von der Infrastruktur abhängig. Während Lebensmitteleinzelhandel und Nahrungsmittelindustrie ihre Waren auch in anderen Märkten einkaufen können, sind die landwirtschaftlichen Betriebe in der Regel von wenigen Abnehmer*innen abhängig. Zwar existieren auch Konkurrenzen und Interessengegensätze zwischen den Infrastrukturunternehmen, gegenüber den landwirtschaftlichen Betrieben verfügen sie jedoch in den meisten Fällen über eine starke Machtposition.

Neben den unbestreitbaren Erfolgen des Modernisierungspfades – die Produktivität in der Landwirtschaft und das Angebot an preiswerten Lebensmitteln ist seit den 1960er Jahren stark gewachsen – wird seit 1990er Jahren vermehrt auch über die *ökologischen und sozialen Nebenfolgen* der industrialisierten Landwirtschaft gesprochen. Als größte Landnutzerin hat die Landwirtschaft erheblichen Einfluss auf die Boden-, Luft- und Wasserqualität. Bei der Emission von Treibhausgasen nimmt der Sektor eine nicht erstrebenswerte Spitzenposition ein, zugleich tragen die intensiven Anbaumethoden und vor allem der breite Pestizideinsatz erheblich zum Verlust von Biodiversität bei (Wirth et al. 2024). Auch der vielfach als ‚Höfesterben‘ beklagte Rückgang an landwirtschaftlichen Betrieben und sinkende Einkommen in vielen Bereichen der Landwirtschaft sind direkte Folgen des Strukturwandels, der durch den in den 1960er Jahren etablierten industriellen Modernisierungspfad zwar nicht determiniert (Balmann 1996), aber doch mithervorgebracht wurde: Das Ziel der Produktivitätssteigerungen durch die Konzentration der Produktion setzt vor allem kleine Familienbetriebe unter Druck (Hirte 2014), und nicht alle Betriebe, die in der Vergangenheit dem Leitspruch des ‚Wachsens oder Weichens‘ gefolgt sind, waren damit wirtschaftlich erfolgreich. Während die sozialen Nebenfolgen des etablierten Modernisierungspfades weiterhin weitgehend ignoriert werden, sind die ökologischen Nebenfolgen der industriellen Landwirtschaft seit den Luxemburger Beschlüssen 2003 schrittweise zum Gegenstand der Agrarpolitik geworden. Allerdings entsprechen die agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen einem Modus, der typisch für die Entwicklung zum „grünen Kapitalismus“ ist (Neckel 2020; Fox 2022): Nicht der größtmögliche ökologische Nutzen treibt die Transformationsprozesse an, vielmehr wird der Verlauf von den dominanten wirtschaftlichen Akteur*innen bestimmt, deren Interessen häufig eng an die Infrastruktur des jeweiligen Feldes gekoppelt sind (Birch 2019). Vor diesem Hintergrund kann das Greening der Agrarpolitik – also die Maßnahmen zur Begrenzung des Pestizideinsatzes, zur Eindämmung von Umweltverschmutzung und zum Schutz vor weiteren Biodiversitätsverlusten – als Versuch gelesen werden, die größten ökologischen Nebenfolgen des etablierten Modernisierungspfades zu bearbeiten, ohne dabei dessen ökonomischen Eckpunkte in Frage zu stellen. Das agrarpolitische Green-

ing des Modernisierungspfades seit den 2000er Jahren lässt die um die Industrialisierung der Landwirtschaft entstandene Infrastruktur unangetastet und hält an den Zielen der Produktivitätssteigerung und der Weltmarktöffnung fest – und stellt damit auch nicht die Machtungleichgewichte zwischen den großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Nahrungsmittelindustrie einerseits und den vergleichsweise kleinen landwirtschaftlichen Betrieben andererseits in Frage.

3 Projekt, Daten und Methoden

Empirisch basiert der Beitrag auf den quantitativen und qualitativen Daten der ersten Erhebungsrunde des an der Universität Osnabrück angesiedelten Projekts „Landwirtschaft in der Krise?“ (Franz et al. 2025; Holst et al. 2025). Zwischen März und Mai 2024 nahmen 1.018 selbständige Landwirt*innen, mithelfende Familienangehörige und angestellte Betriebsleiter*innen an dem Online-Survey teil. Da es sich um eine selbst-selektierte Befragung und nicht um eine Zufallsstichprobe handelt, lassen sich aus den quantitativen Daten nur vorsichtige Rückschlüsse auf die Gesamtheit deutscher Landwirt*innen ziehen. In zentralen betriebsstrukturellen Aspekten weist das Sample jedoch eine zufriedenstellende Passung zur Grundgesamtheit auf: Bio-Betriebe sind nur leicht überrepräsentiert (18,8 % zu 14,2 % laut BÖLW 2025), genauso wie ostdeutsche Höfe leicht unterrepräsentiert sind (6,7 % zu 9,5 % laut ASE 2024). Die größte Abweichung zeigt sich bei den Nebenerwerbslandwirt*innen, deren Anteil mit 24 % im Sample recht klein ist (55 % in der Grundgesamtheit, laut ASE 2024). Auffällig ist zudem die hohe Protestbeteiligung in unserem Sample. Von den 1.018 Landwirt*innen haben sich 755 an einer oder mehreren Protestveranstaltungen beteiligt (73 %), 303 gehörten sogar zu den Organisator*innen mindestens einer Veranstaltung (30 %). Da keine offiziellen Zahlen zur Protestbeteiligung von Landwirt*innen vorliegen, lässt sich die Samplequalität in dieser Hinsicht nicht zuverlässig einschätzen. Möglicherweise sind die Organisator*innen überrepräsentiert, im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass die Daten einen vertieften Blick in das Zentrum der Landwirtschaftsproteste vom Winter 2023/24 erlauben. Außerdem ist die Samplegröße für das Forschungsfeld bemerkenswert. Zum Vergleich: Die beiden im Forschungsstand angesprochenen Analysen der Perspektiven von Landwirt*innen auf die GAP (Bethge/Lakner 2023, Feindt et al. 2021) arbeiteten mit deutlich kleineren Samplegrößen (435 und 153), wodurch rein methodisch die Möglichkeiten der clusteranalytischen Differenzierung begrenzt sind.

Zudem wurden bis Sommer 2024 in zwei Schritten insgesamt 34 qualitative Interviews geführt. (1) Um die relevanten Themen und Erfahrungen der landwirt-

schaftlichen Akteur*innen zu erfassen und Items in für diese Berufsgruppe klarer Sprache zu formulieren, wurden im Vorfeld des Surveys explorative Interviews mit Landwirt*innen und Verbandsvertreter*innen geführt. Rekrutiert wurden die Interviewpartner*innen über regionale Netzwerke der Autoren. Das entstandene empirische Material ist in die Fragebogenkonstruktion eingeflossen und in der vorliegenden Analyse deswegen nur indirekt präsent. (2) Parallel zum Survey wurden zudem knapp 20 narrationsorientierte Interviews (Kleemann et al. 2013) mit Landwirt*innen direkt auf den Höfen geführt. Die Interviewten wurden über einen Aufruf am Ende des Surveys rekrutiert. Die meisten Gespräche dauerten über zwei Stunden, einzelne knapp fünf Stunden. Über die Fall-ID sind diese Interviews direkt mit den Surveydaten verbunden. In der Analyse der Perspektiven von Landwirt*innen auf die Transformation werden diese Interviews genutzt, um methodisch kontrolliert den subjektiven Sinn hinter den Clusterverläufen zu beleuchten und insbesondere die Wahrnehmung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Gesellschaft, die Flugbahn der eigenen Erwerbsbiographie sowie den Blick auf die Zukunft der Landwirtschaft zu rekonstruieren (allgemein zur rekonstruktiven Sozialforschung: Bohnsack 2014). Dieses Interviewsample deckt im Grunde die wichtigsten Achsen des Feldes der Haupterwerbslandwirtschaft in Deutschland ab: Die Betriebsgröße reichte von kleinen Familienbetrieben bis zu Agrarunternehmen mit mehreren Tausend Hektar Nutzfläche, im Sample befinden sich konventionelle und biologisch wirtschaftende Betriebe, neben der Tierhaltung sind Ackerbau, Gartenbau und Weinbau repräsentiert und die regionale Verteilung der Betriebe ist zufriedenstellend.

Kern des Beitrags ist eine Typologie der Haltungen von Landwirt*innen auf die beginnende sozial-ökologische Transformation des Agrarsektors. Die Typologie ist das Ergebnis eines zweistufigen Analyseprozesses: Im ersten Schritt haben wir auf der Basis von 14 Items eine Clusteranalyse durchgeführt. Dazu haben wir die Ergebnisse einer hierarchischen Clusteranalyse mit Ward als varianzbasierter Methode zur Fusionierung von Fällen mithilfe des k-Means-Verfahrens optimiert. Die finale Clusterlösung wurde anhand des Dendrogramms ausgewählt und basiert auf 955 gültigen Rückmeldungen von Landwirt*innen. Die für die Clusteranalyse verwendeten Items sind fünfstufig Likert-skaliert und überwiegend Eigenentwicklungen auf Basis der initialen qualitativen Interviews (die Itemtexte sind in Tab. 1 aufgeführt). In der *ökologischen Dimension* finden sich neben Einschätzungen zum menschengemachten Klimawandel und zur Ökologisierung der Landwirtschaft auch Aussagen zur Wahrnehmung des eigenen Berufsstands. Die *politische Dimension* umfasst vier Items, von der Rolle des Umweltschutzes in der Agrarpolitik über den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NRO) bis zu den politischen Rahmenbedingungen. Ebenfalls mit vier Items wird die *ökonomische Dimension* abgedeckt. Dabei geht es um Einschätzungen zu den Preisen für landwirtschaftliche

Erzeugnisse und der Macht des Lebensmitteleinzelhandels sowie die Wirtschaftlichkeit ökologischer Landwirtschaft. Im zweiten Analyseschritt wurden anhand der den Clustern per Fall-ID zugeordneten qualitativen Interviews der subjektive Sinn hinter den Clusterverläufen und die für das jeweilige Cluster typische Wahrnehmung vom Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft rekonstruiert.

Um die durch die Clusteranalyse und die narrationsorientierten Interviews rekonstruierten Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation innerhalb des Feldes der Landwirtschaft und im politischen Spektrum zu verorten, greifen wir auf weitere Surveydaten zurück (Tab. 2). (a) Von den betriebsstrukturellen Merkmalen berücksichtigen wir die Betriebsgröße (durchschnittlich in ha), die Produktionsweise (konventionell, bio-zertifiziert, solidarische Landwirtschaft), die Vermarktungskanäle (Erzeugerzusammenschlüsse, Handels- und Verarbeitungsunternehmen, Selbstvermarktung) und die Entwicklung des Betriebs in den letzten fünf Jahren (Kreditaufnahme, Technikinvestitionen, Betriebserweiterungen). (b) Um den politischen Charakter der Protestbewegung einzuschätzen, nutzen wir die Parteipräferenz bzw. Wahlabsicht der Landwirt*innen. Einschlägigen Definitionen (Decker/Lewandowsky 2017; Mudde/Kaltwasser 2017) folgend definieren wir Rechtspopulismus als Bewegung, die den Gegensatz zwischen Eliten und ‚einfachem Volk‘ stark macht und eine imaginierte nationale Gemeinschaft gegen das vermeintlich ‚Fremde‘ zu verteidigen sucht. Die Parteipräferenz für die Freien Wähler oder die AfD (Alternative für Deutschland) assoziieren wir mit rechtspopulistischen Orientierungen. Beide Parteien positionieren sich im rechts-links-Spektrum rechts der hier als konservativ klassifizierten CDU. (c) Um die wirtschaftliche Lage zu erfassen, greifen wir auf zwei fünfstufig Likert-skalierte Items zurück: Individuelle Abstiegssorgen werden durch das in der Sozialforschung etablierte Item „Ich habe Sorgen, meinen Lebensstandard nicht halten zu können“ gemessen, das zweite Item zielt auf die wirtschaftliche Lage des Betriebs: „Der Betrieb steht wirtschaftlich auf sicheren Füßen“.

Die Beteiligung an und Organisation von Protestaktivitäten wurden jeweils über eine Ja/Nein-Einfachauswahl abgefragt („Ich habe an einer oder mehreren Demonstrationen teilgenommen“ und „Ich habe mich in der Organisation einer oder mehrerer Demonstrationen engagiert“).

4 Transformationsperspektiven von Landwirt*innen: eine empirische Typologie

In diesem Abschnitt stellen wir die Typologie der unter Landwirt*innen in Deutschland verbreiteten Perspektiven auf die beginnende Transformation des Agrarsektors vor. Die vier Haltungen – klimawandelskeptische Transformationsopposition, libe-

rale Bevormundungskritik, ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und ökosoziale Systemkritik – unterscheiden sich deutlich in ihrem Blick auf die beginnende Transformation, die die Form des Greenings des etablierten landwirtschaftlichen Modernisierungspfad es annimmt. Auffällige Differenzen existieren in den Einschätzungen zum menschengemachten Klimawandel und zur aktuellen Agrarpolitik sowie in der Wahrnehmung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Gesellschaft, während sich eine Kritik an den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und an der Macht des Lebensmitteleinzelhandels in allen vier Haltungen findet (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Subjektive Perspektiven auf die Transformation des Agrarsektors – die Clusteranalyse

Clusterzentren der Transformationsperspektiven	Klimawandelskeptische Transformationsopposition	Libérale Bevormundungskritik	Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik	Ökosoziale Systemkritik
Fallzahl	365	380	125	85
Anteil	38,2 %	39,8 %	13,1 %	8,9 %
(A) Ökologische Dimension				
Die Landwirtschaft muss dringend ökologischer werden.	1,68	2,55	4,10	4,81
Der Klimawandel und die ökologischen Probleme werden oft übertrieben.	4,36	3,08	1,87	1,26
Andere Branchen gefährden Natur und Umwelt viel mehr als die Landwirtschaft.	4,63	4,20	3,81	2,67
Vielen meiner Kollegen fehlt das Bewusstsein für die ökologischen Probleme.	1,90	2,72	3,81	4,59
Wir in der Landwirtschaft wissen selbst, was gut für Umwelt und Tiere ist.	4,67	4,10	3,29	2,16
Ärgere mich, wenn Umweltschützer mir vor-schreiben wollen, wie wir zu wirtschaften haben.	4,95	4,64	3,78	2,34
(B) Politische Dimension				
Die Politik sollte den Umweltschutz stärker berücksichtigen.	1,79	2,64	3,60	4,41
Umweltschützer haben einen zu großen Einfluss auf die Politik.	4,84	4,25	2,87	1,64
Die politischen Rahmenbedingungen ändern sich zu häufig.	4,76	4,66	4,35	3,16
Lästige Auflagen sollten zurückgenommen werden.	4,81	4,50	3,76	2,25

Tab. 1 (fortgesetzt)

Clusterzentren der Transformationsperspektiven	Klimawandelskeptische Transformationsopposition	Liberale Bevormundungskritik	Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik	Ökosoziale Systemkritik
(C) Ökonomische Dimension				
Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind viel zu niedrig.	4,63	4,50	4,51	4,02
Große Einzelhandelsketten bestimmen die Preise für uns Produzenten.	4,67	4,48	4,49	3,76
Wir produzieren so ökologisch wie es der Markt erlaubt	4,53	4,27	4,14	3,28
Wenn man die richtige Qualität anbietet, bezahlen die Kunden auch mehr	2,02	2,60	2,86	3,67

Inhaltlich besitzen die vier Typen auffällige Überschneidungen zu den im Forschungsstand diskutierten Typologien der Perspektiven von Landwirt*innen auf die GAP (Bethge/Lakner 2023; Feindt et al. 2021). Gleichzeitig gibt es aber zwei auffällige Unterschiede: Erstens differenziert die hier präsentierte Typologie stärker im ökologisierungsoffenen Bereich. Die vorliegenden Studien konnten wahrscheinlich auch aufgrund der kleineren Samplegrößen jeweils nur eine Haltung identifizieren, die sich positiv auf den Umbau der Landwirtschaft bezieht. Zweitens ermöglicht die direkte Verbindung zu den qualitativen Interviews Tiefenbohrungen in die vier Transformationsperspektiven – und damit ein systematisches Ausleuchten der Sichtweisen von Landwirt*innen auf die Ökologisierung, die Agrarpolitik und die Ökonomie des Agrarsektors.

Im Folgenden werden die vier Haltungen nacheinander vorgestellt. Die Darstellung folgt dabei jeweils der Analysesequenz, aus der wir die Typologie gewonnen haben: Den Auftakt macht jeweils die Diskussion der Clusterzentren, anschließend werden die Interpretationen der qualitativen Interviews mit Landwirt*innen hinzugezogen und zum Abschluss die soziale Basis der Haltungen ausgeleuchtet.

Klimawandelskeptische Transformationsopposition: Transformation als Angriff auf die Landwirtschaft von außen

In der Clusteranalyse fällt die *klimawandelskeptische Transformationsopposition* durch Extremwerte in allen vierzehn Items auf. Die Landwirt*innen dieses Clusters halten die gesellschaftlichen Diskussionen über den Klimawandel und die ökologischen Probleme für stark übertrieben (Clusterzentrum 4,36) und lehnen eine stärkere Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes in der Agrarpolitik vehement ab (CZ 1,79). Umweltschützer*innen haben in ihren Augen schon heute einen zu großen Einfluss auf die Politik (CZ 4,84). Umweltschutzaufgaben empfinden die Träger*innen der Transformationsopposition als Eingriff in ihre Autonomie als Landwirt*in. Sie ärgern sich, wenn ihnen Umweltschützer*innen vorschreiben wollen, wie sie zu wirtschaften haben (CZ 4,95). In ihren Augen verstoßen die seit einigen Jahren von der Agrarpolitik forcierten Ökologisierungsmaßnahmen gegen landwirtschaftliches Praxiswissen: Landwirt*innen wissen selbst am besten, was gut für Umwelt und Tiere ist (CZ 4,67). Verbunden sind die klimawandelskeptischen und ökologisierungskritischen Einschätzungen mit einer scharfen Kritik an der ökonomischen Lage der Landwirtschaft: In den Augen der klimawandelskeptischen Transformationsgegner*innen sind die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse viel zu gering (CZ 4,63) und die Macht des Lebensmitteleinzelhandels zu groß (CZ 4,67). Die Marktbedingungen bilden für sie eine ökonomische Grenze der Ökologisierung, produzieren sie in ihrem Selbstverständnis doch bereits so umweltfreundlich wie es der Markt erlaubt (CZ 4,53).

Ihren Namen erhält die klimawandelskeptische Transformationsopposition aufgrund der für diese Haltung charakteristischen Relativierung oder gar Leugnung des menschengemachten Klimawandels und der drängenden Umweltprobleme der Gegenwartsgesellschaften sowie der daraus resultierenden kategorischen Ablehnung der sozial-ökologischen Transformation. In den Interviews wird deutlich, dass die Landwirt*innen den Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Befunde zu den ökologischen Nebenfolgen der industrialisierten Landwirtschaft – oft erwähnt werden Studien zu Biodiversitätsverlusten und zur Verbreitung von Pestiziden über die landwirtschaftlichen Einsatzflächen hinaus – leugnen. Vor diesem Hintergrund erleben sie die seit den 2000er Jahren beginnende Transformation als Angriff auf die Landwirtschaft von außen. An den Worten einer konventionellen Landwirtin, die die Ökologisierungsmaßnahmen als „Repressionen“ gegenüber der Landwirtschaft bezeichnet, wird deutlich, dass sich die Transformationsopposition gegen das Greening des etablierten Modernisierungspfad richtet, nicht gegen den etablierten industriellen Pfad:

„In den 2000er Jahren hat Frau Künast die Ausgleichzahlungen in Subventionen umgewandelt, und dann begannen die Repressionen. Lauter ideologische Anforderungen, die wir zu erfüllen hatten. [...] Früher haben die Getreidepreise gereicht für die Produktionskosten und um etwas Geld zu verdienen. Dann sind die Auflagen aber immer schärfer geworden und die Produktionskosten gestiegen.“ (konventionelle Landwirtin)

Aus der Perspektive der Transformationsopposition verstoßen Maßnahmen wie die Flächenstilllegung zum Schutz der Biodiversität, die Einschränkungen für die Gülleausbringung in der Düngeverordnung oder das Verbot als besonders schädlich eingestuft Pflanzenschutzmittel gegen die tradierte „gute fachliche Praxis“. In den Augen der in diesem Cluster versammelten Landwirt*innen treiben NRO, Umweltschützer*innen und die Partei Bündnis 90/Die Grünen die Transformation aus rein ideologischen Gründen voran:

„Wir Landwirte werden nicht mehr als Experten für Landwirtschaft angesehen, sondern als Laien, die von der Politik ihren Beruf erklärt bekommen müssen, das verärgert mich im täglichen Leben. [...] Umweltschützer werden als Experten für Landwirtschaft und Umwelt akzeptiert, auch wenn sie absolut keine Ahnung haben. Die Politik hört dann auf die lauten Umweltschützer, anstatt sich an Fakten zu orientieren. Die politischen Entscheidungen sind einfach zu realitätsfern und widersprüchlich und reine Schikane.“ (konventioneller Landwirt)

Eingebettet ist die Diagnose einer der Landwirtschaft von außen aufgezwungenen Transformation in das emotional aufgeladene Bild eines Kulturkampfes zwischen Stadt und Land. Aus Sicht der Träger*innen der Transformationsopposition werten Umweltschützer*innen, NRO und andere Vertreter*innen urbaner grüner Milieus die Landbevölkerung auch kulturell ab und zwingen die Landwirtschaft in die gesellschaftliche Defensive. Die Interviews waren zudem von einer besonderen Emotionalität und häufig auch einer radikalisierten Sprache geprägt, die sich insbesondere in Frust über die vermeintliche Einflusslosigkeit der Landwirtschaft, die Rolle der Wissenschaft und zum Teil sogar in Drohungen gegen Vertreter*innen der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausdrückte. Keine andere Gruppe fühlt sich durch die beginnende Transformation wirtschaftlich und kulturell derart in die Enge getrieben.

Tabelle 2: Politische Orientierungen, betriebsstrukturelle Merkmale und wirtschaftliche Einschätzungen

	Klimawandelskeptische Transformationsopposition	Liberaler Bevormundungskritik	Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik	Ökosoziale Systemkritik
(A) Parteipräferenz				
CDU	25,4 %	44,0 %	20,6 %	5,0 %
SPD	0,3 %	1,4 %	4,1 %	6,2 %
Grüne	0,0 %	1,4 %	35,0 %	63,8 %
FDP	2,9 %	5,1 %	5,2 %	0,0 %
Linke	0,0 %	0,3 %	3,1 %	13,8 %
AfD	31,5 %	11,7 %	3,1 %	0,0 %
BSW	2,6 %	3,4 %	7,2 %	2,5 %
FW	31,2 %	22,7 %	8,2 %	0,0 %
Sonstige	2,6 %	7,2 %	8,2 %	8,8 %
Nicht-Wahl	3,5 %	2,8 %	5,2 %	0,0 %
(B) Betriebsstrukturelle Merkmale				
Betriebsgröße (Ø in ha)	200,2	153,3	106,8	72,7
Produktionsweise				
Konventionell	90,4 %	86,2 %	42,5 %	21,7 %
Bio-zertifiziert	9,6 %	13,3 %	53,3 %	69,9 %
Solidarische Landwirtschaft	0,9 %	1,1 %	3,3 %	12,0 %
Vermarktung				
Erzeugerzusammenschlüsse	44,9 %	46,4 %	46,2 %	40,5 %
Handels- und Verarbeitungsunternehmen	58,9 %	60,7 %	50,4 %	31,0 %
Selbstvermarktung	32,7 %	37,1 %	52,1 %	73,8 %
Entwicklung in den letzten fünf Jahren				
Kreditaufnahme	56,0 %	51,6 %	48,0 %	28,2 %
Investitionen in Technik	68,5 %	66,0 %	45,6 %	44,7 %
Erweiterung des Betriebs	57,0 %	53,7 %	42,3 %	48,2 %
(C) Wirtschaftliche Einschätzungen				
Wirtschaftlich sichere Lage des Betriebs	34,1 %	42,1 %	36,8 %	60,0 %
Individuelle Abstiegssorgen	66,3 %	59,2 %	50,8 %	22,6 %

Bei welchen Landwirt*innen findet sich die Haltung der klimawandelskeptischen Transformationsopposition nun besonders häufig? Drei Aspekte stehen ins Auge: Erstens weist die klimawandelskeptische Transformationsopposition eine auf-

fällige Nähe zum Rechtspopulismus auf (siehe Tab. 2). Knapp Zweidrittel der in diesem Cluster versammelten Landwirt*innen hat eine rechtspopulistische Parteipräferenz: 32 % gaben an, dass sie die AfD wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, 31 % gäben den Freien Wählern ihre Stimme. Mit Blick auf die Forschungsergebnisse zur engen Beziehung zwischen Rechtspopulismus, Klimawandelskepsis und Vorstellungen vom Kulturkampf (van der Ploeg 2020; Lockwood 2018; Sommer et al. 2020; Pieper et al. 2023: 59 ff.) können die Präferenzen der Transformationsgegner*innen für rechtspopulistische Parteien kaum verwundern. Zweitens spricht einiges dafür, dass Landwirt*innen, die in der Vergangenheit dem Leitspruch des ‚Wachsens oder Weichens‘ gefolgt sind und in Erweiterungen des Betriebs oder in neue Technik investiert haben, mit höherer Wahrscheinlichkeit unter den Träger*innen der klimawandelskeptischen Transformationsopposition zu finden sind. In der betriebsstrukturellen Zusammensetzung des Clusters sind nämlich konventionelle Großbetriebe und solche, die in den letzten Jahren Kredite aufgenommen, neue Technik angeschafft und den Betrieb vergrößert haben, überrepräsentiert. Drittens sind in diesem Cluster wirtschaftliche Nöte besonders weit verbreitet: Nur ein Drittel der Betriebe steht wirtschaftlich auf sicheren Füßen, zwei Drittel der Landwirt*innen äußern Abstiegsorgen. Obwohl die Landwirt*innen offensichtlich stark unter den sozialen Nebenfolgen des industriellen Modernisierungspfades leiden, fokussiert die klimawandelskeptische Transformationsopposition das Greening seit den 2000er Jahren, nicht die ökonomischen Eckpunkte des Pfades.

Liberaler Bevormundungskritik: Transformation als Übergriff auf die unternehmerische Freiheit

In der Clusteranalyse ähnelt die *liberale Bevormundungskritik* der Transformationsopposition in den meisten Aspekten. Auffällig ist vor allem die Differenz in der Einschätzung des menschengemachten Klimawandels: Die Bevormundungskritik basiert nicht auf einer Relativierung des menschengemachten Klimawandels, die Dringlichkeit der ökologischen Probleme wird durchaus anerkannt (Clusterzentrum 3,08). Trotzdem sieht auch diese Haltung nicht die Notwendigkeit einer Ökologisierung der Landwirtschaft (CZ 2,55). Stattdessen wird die Verantwortung für die ökologischen Probleme auf andere Branchen und Lebensbereiche abgewälzt (CZ 4,20). Gegen die agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen bringen bevormundungskritische Landwirt*innen ihre eigene Expertise in Stellung: In ihren Augen weiß der Berufsstand selbst, was gut für Umwelt und Tier ist (CZ 4,10). Die Ökologisierung der Landwirtschaft wird als Übergriff von NRO und Umweltschutzaktivist*innen auf die Autonomie der Landwirt*innen erlebt (CZ 4,64). Und auch in

ökonomischen Fragen unterscheidet sich die Bevormundungskritik kaum von der Transformationsopposition: Die Macht des Lebensmitteleinzelhandels wird scharf kritisiert (CZ 4,48), die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden für viel zu gering erachtet (CZ 4,50). Letztlich stößt die Ökologisierung der Landwirtschaft auch für die Träger*innen der liberalen Bevormundungskritik an ökonomische Grenzen: Die Landwirt*innen in diesem Cluster betonen, dass sie bereits heute so umweltfreundlich wirtschaften, wie es der Markt erlaubt (CZ 4,27).

Charakteristisch für die liberale Bevormundungskritik sind die Externalisierung der Verantwortung für die ökologischen Probleme und die Betonung der unternehmerischen Freiheit der Landwirt*innen. Der menschengemachte Klimawandel und die ökologischen Probleme der Gegenwartsgesellschaften werden nicht geleugnet; allerdings werden primär andere Branchen und Lebensbereiche für Erderwärmung, Ressourcenübernutzung und Biodiversitätsverluste verantwortlich gemacht. Die agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen werden subjektiv als Übergriff des Staates in die eigene Autonomie erlebt. Damit richtet sich auch die liberale Bevormundungskritik vornehmlich gegen das Greening des Modernisierungspfades, nicht gegen die seit den 1960er Jahren durch die Agrarpolitik forcierte Industrialisierung der Landwirtschaft:

„Das größte Problem ist der übermäßige Eingriff der Politik in die Wirtschaftsweise der Betriebe. Dadurch wird oft das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich gewollt ist, z. B. die Abschaffung kleinerer Betriebe durch immer höhere Auflagen und mehr Bürokratie.“ (konventioneller Landwirt)

Anders als die klimawandelskeptischen Transformationsgegner*innen lehnen die bevormundungskritischen Landwirt*innen die ökologische Landwirtschaft nicht per se ab. Wenn sich die ökologische Produktion wirtschaftlich lohnt, zeigt die liberale Bevormundungskritik keine Berührungsängste. In den Worten eines Junglandwirts, der Teile des elterlichen Großbetriebs auf regenerativen Ackerbau und bio-zertifizierte Tierhaltung umgestellt hat:

„Ich höre auch gern auf dem Randstreifen etwas Brummen. Wichtig ist aber, dass sich das wirtschaftlich lohnt. [...] Ich baue gerade einen bio-zertifizierten [Tier]Stall. Aber ich möchte mir aussuchen können, was und wie ich das mache. [...] Wenn man uns Landwirte machen lassen würde, würde das alles schon laufen.“

Eingebettet ist die Wahrnehmung einer Bevormundung durch die Agrarpolitik in die Vorstellung von strukturellen Interessengegensätzen zwischen Stadt und Land. Die vermeintlich ‚übergriffigen‘ Ökologisierungsmaßnahmen gehen aus der Perspektive der Bevormundungskritik auch darauf zurück, dass sich in der Agrarpolitik die Stadtbevölkerung mit ihrem Nachhaltigkeitsverständnis durchgesetzt

hat. Das Bild der strukturellen Interessengegensätze ist zwar nicht so emotional aufgeladen wie die Konstruktion des Kulturkampfes, sieht in Stadt-Land-Gegensätzen aber ebenfalls eine zentrale gesellschaftsprägende Kraft. Im Vergleich zur klimawandelskeptischen Transformationsopposition emotionalisiert die Haltung der liberalen Bevormundungskritik deutlich weniger. In keinem der dieser Haltung zugeordneten Interviews wurde eine radikalisierte Sprache verwendet.

Auch im Fall der liberalen Bevormundungskritik ist der Blick auf ihre Träger*innen instruktiv. Erstens ist diese Haltung zur Transformation politisch im Konservatismus beheimatet. Die mit 44 % mit Abstand am häufigsten genannte Wahlabsicht liegt bei der CDU, gefolgt von den Freien Wählern mit 23 %. Der Stimmenanteil der AfD liegt mit 12 % unter dem Durchschnitt, Bündnis 90/DIE GRÜNEN spielt in diesem Cluster faktisch keine Rolle. Zweitens zeigt die liberale Bevormundungskritik eine ähnliche betriebsstrukturelle Zusammensetzung wie die klimawandelskeptische Transformationsopposition, wenn auch in moderaterer Ausprägung. Zwar sind konventionelle Großbetriebe, die in der Vergangenheit Kredite aufgenommen haben, überrepräsentiert, aber nicht so stark wie in der Transformationsopposition. Drittens sind wirtschaftliche Sorgen auch in diesem Cluster verbreitet. 42 % der Betriebe stehen wirtschaftlich auf sicheren Füßen, zugleich sind individuelle Abstiegssorgen überdurchschnittlich verbreitet: 59 % der Landwirt*innen mit einer bevormundungskritischen Haltung zur Transformation äußern die Sorge, in Zukunft nicht ihren Lebensstandard halten zu können.

Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik: Umsetzung der Transformation als bürokratische Gängelei

Die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik steht der Ökologisierung der Landwirtschaft deutlich zugewandter gegenüber als die klimawandelskeptische Transformationsopposition und die liberale Bevormundungskritik. Eine Relativierung des menschengemachten Klimawandels wird von den bürokratiekritischen Landwirt*innen zurückgewiesen (CZ 1,87). Zwar werden andere Branchen stärker für die ökologischen Probleme der Gegenwart verantwortlich gemacht (CZ 3,81), trotzdem zeigt sich diese Haltung offen gegenüber einer weitergehenden Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Agrarpolitik (CZ 3,60). In diesem Zusammenhang wird auch der eigene Berufsstand kritisiert: In den Augen der Träger*innen der Bürokratiekritik fehlt es Kolleg*innen durchaus am Bewusstsein für die ökologischen Probleme der Landwirtschaft (CZ 3,81). Zugleich wird die Unberechenbarkeit und die bürokratische Umsetzung der Agrarpolitik kritisiert: In den Augen der Landwirt*innen ändern sich die politischen Rahmenbedingungen zu häufig (CZ 4,35), gefordert wird eine Rücknahme lästiger Auflagen (CZ 3,76). Trotz der Kritik am

eigenen Berufsstand halten auch die ökologisierungsoffenen Bürokratiekritiker*innen die bäuerliche Autonomie hoch: Sie wehren sich gegen Versuche von NRO und Umweltschützer*innen, Einfluss auf die eigenen landwirtschaftlichen Praktiken zu nehmen (CZ 3,78). In der Einschätzung der ökonomischen Lage der Landwirtschaft unterscheidet sich die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik nur leicht von den beiden transformationskritischen Haltungen: Die Kritik an den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (CZ 4,51) und an der Macht des Lebensmitteleinzelhandels (CZ 4,49) fällt in dieser Gruppe nur unwesentlich moderater aus.

Aufgrund der großen Bedeutung der Landwirtschaft für Umweltbelastungen, Biodiversitätsverluste und Ressourcenverbrauch wird die Transformation aus der Perspektive der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik für dringend notwendig gehalten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der aktuelle Transformationspfad uneingeschränkt positiv gesehen wird. Im Gegenteil: Obwohl sie das Ziel der Ökologisierung der Landwirtschaft allgemein teilen, erleben die Bürokratiekritiker*innen die Umsetzung der Maßnahmen als bürokratische Gängelung. Während die klimawandelskeptische Transformationsopposition und die liberale Bevormundungskritik agrarpolitische Eingriffe in die eigene landwirtschaftliche Praxis ablehnt, hat die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik kein Problem mit ökologischen Auflagen, abgelehnt wird vielmehr die bürokratische Kontrolle, die die Landwirt*innen als Ausdruck des in der Agrarpolitik institutionalisierten Misstrauen erleben:

„Was soll das? Der Dokumentationsaufwand steigt von Jahr zu Jahr. Ich verbringe viel zu viel Zeit im Büro. Alleine schaffe ich das nicht mehr. Ich wirtschaftete seit langem ökologisch. Die Gesellschaft gratuliert mir, wie ich das mache. Die Leute kommen in meinen Hofladen. Ich weiß, was ich tue. Aber der ganze Papierkram signalisiert mir, dass man mir nicht vertraut. Dieses Misstrauen tut weh.“ (Bio-Landwirt)

Eingebettet ist die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik in Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft, die deutlich weniger Spannungspotenzial enthalten als die Bilder vom Kulturkampf und der strukturellen Interessengegensätze zwischen Stadt und Land. In den Interviews betonten die Landwirt*innen, wie wichtig gute Beziehungen zur regionalen Gesellschaft für sie sind. Ein regenerativ wirtschaftender konventioneller Landwirt betont, dass ein offener Austausch dabei helfen kann, Vorurteile abzubauen:

„Ich habe nichts zu verbergen. Die Leute können ruhig gucken kommen. Ich erkläre denen auch gerne, was wir hier machen. Die meisten Leute verstehen das dann auch. [...] Viele meiner Kollegen machen das aber nicht. Die haben zu große Ställe für die Fläche, bearbeiten den Boden ohne Rücksicht.“

Zumindest für einen Teil der Betriebe dürfte die größere Nähe zur Gesellschaft zudem eine wirtschaftliche Funktion haben: Viele Landwirt*innen vermarkten zumindest einen Teil der Produkte direkt und damit außerhalb der etablierten Infrastruktur des Lebensmitteleinzelhandels und der Nahrungsmittelindustrie, was die Träger*innen der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik jedoch nicht davon abhält, die niedrigen Preise und die Preissetzungsmacht des Einzelhandels zu kritisieren.

Bei welchen Landwirt*innen findet sich die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik besonders häufig? Erstens unterscheiden sich die Wahlpräferenzen deutlich von den beiden transformationskritischen Haltungen: 35 % hatten zum Zeitpunkt der Befragung eine Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen und 21 % für die CDU, rechtspopulistische Parteipräferenzen spielen hingegen keine Rolle. Politisch handelt es sich bei der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik somit um eine grün-konservative Haltung zur Transformation. Zweitens spiegelt sich die Offenheit für die Ökologisierung in dem hohen Anteil an bio-zertifizierten Betrieben, wobei aber 43 % der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritiker*innen konventionell wirtschaften. Wie bereits angesprochen ist der Anteil an Vermarktung jenseits der Infrastruktur des Lebensmitteleinzelhandels und der Nahrungsmittelindustrie in diesem Cluster erhöht: 52 % der Betriebe vermarkten ihre Erzeugnisse zumindest auch selbst. Drittens zeigt sich auch bei den Träger*innen der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik die hohe Prävalenz wirtschaftlicher Nöte in der Landwirtschaft: Nur 37 % der Betriebe stehen auf wirtschaftlich sicheren Füßen, 51 % der Landwirt*innen haben Sorgen ihren Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können.

Ökosoziale Systemkritik: Kritik an der Verschleppung der Transformation und Sorgen vor ökologischer Regression

Gewissermaßen den Gegenpol zur klimawandelskeptischen Transformationsopposition bildet die ökosoziale Systemkritik. Der menschengemachte Klimawandel wird für eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwartsgesellschaft gehalten, die ökosoziale Systemkritik lehnt mit Vehemenz die Aussage ab, dass Klimawandel und ökologische Probleme häufig übertrieben werden (CZ 1,26). Gefordert wird eine stärkere Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes in der Politik (CZ 4,41) und damit eine beschleunigte Ökologisierung der Landwirtschaft (CZ 4,81). Verantwortlich für die ökologischen Defizite der Landwirtschaft ist in den Augen der Träger*innen der Systemkritik auch der eigene Berufsstand, vielen Kolleg*innen fehlt es am Bewusstsein für ökologische Probleme (CZ 4,59). Einen zu großen Einfluss von NRO und Umweltschützer*innen auf die Politik – wie

von der Transformationsopposition und der Bevormundungskritik konstatiert – sieht die ökosoziale Systemkritik nicht (CZ 1,64). So groß die Differenzen zu den beiden transformationskritischen Haltungen vor allem in den Einschätzungen der Ökologisierung des Agrarsektors und in den Bewertungen der aktuellen Agrarpolitik auch sind, in den ökonomischen Einschätzungen fallen die Unterschiede geringer aus: Auch die ökosoziale Systemkritik hält die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse für zu gering (CZ 4,02) und die Macht des Lebensmitteleinzelhandels für zu groß (CZ 3,76). Etwas größer sind die Unterschiede in der Einschätzung des Kund*innenverhaltens: Die ökosoziale Systemkritik schaut optimistischer auf die Bereitschaft der Verbraucher*innen, für qualitativ hochwertige Produkte auch höhere Preise zu zahlen (CZ 3,67).

Die ökosoziale Systemkritik basiert auf der Überzeugung, dass die konventionelle Landwirtschaft eine besondere Verantwortung für Umweltverschmutzung, Ressourcenübernutzung, Biodiversitätsverluste und Tierwohlgefährdungen hat. In den Interviews wird deutlich, dass diese Haltung zur Transformation eine direkte Reaktion auf den in den Nachkriegsjahrzehnten etablierten Modernisierungspfad der industriellen Landwirtschaft und dessen ökologische und soziale Nebenfolgen ist:

„Die Großfelderwirtschaft ist ein Problem für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen im Land. Wir brauchen nicht wirklich z. B. Müllermilch mit einer Stundenleistung an Molkereiprodukten von weit über 1000 Europaletten, und das 24/7. Wir brauchen auch keine Flugzeuge, die die Felder überfliegen und Dünger ausbringen. Wir brauchen auch keine Ställe mit weit über 2000 Kühen oder 20 000 Mastschweinen im Jahr. [...] Wir brauchen eine andere Landwirtschaft.“
(Bio-Landwirtin)

Aus der Perspektive der ökosozialen Systemkritik ist für die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen mehr als eine Anpassung einzelner Anbau- und Tierhaltungspraktiken erforderlich. Gefordert wird vielmehr ein tiefgreifender Umbau der Infrastruktur der industrialisierten Landwirtschaft, weil Einzelhandel, Nahrungsmittelindustrie, Agrartechnik- und Agrarchemieunternehmen sowie Saatgutlieferanten eine Überausbeutung und Zerstörung der Umwelt billigend in Kauf nehmen. Eine regionale, an Kreisläufen orientierte Bio-Landwirtschaft stellt für viele ökosoziale Systemkritiker*innen ein gesellschaftspolitisches Alternativprojekt dar:

„Wir leben halt in einem Industriestaat und da müssen die Lebensmittel billig sein. Da hängen wir jetzt drin. [...] Aber wir wollen das anders machen, wir produzieren und verkaufen regional. Uns ist das wichtig. Die Großkonzerne haben andere Interessen.“ (Bio-Landwirtin)

Die ökosoziale Systemkritik weist eine soziale Basis auf, die sich deutlich von den anderen drei Haltungen zur Transformation unterscheidet. Erstens handelt es sich um eine grün-alternative Haltung zum Umbau der Landwirtschaft. 64 % der Landwirt*innen aus diesem Cluster äußern eine Parteipräferenz für die Partei Bündnis90/Die Grünen, zweitstärkste Kraft ist die Linke mit 14 %, konservative und rechtspopulistische Parteipräferenzen spielen keine nennenswerte Rolle. Zweitens stechen auch die betriebsstrukturellen Merkmale ins Auge. Die Durchschnittsgröße der Betriebe ist deutlich geringer als in den anderen Clustern, außerdem sind die Anteile von Bio-Betrieben und Selbstvermarktung sehr hoch. 74 % der Betriebe vermarkten ihre Produkte über Hofläden oder Marktstände zumindest teilweise selbst. Die ökosoziale Systemkritik findet sich offensichtlich häufig bei Landwirt*innen mit Bio-Betrieben, die regional jenseits der etablierten Infrastruktur des Lebensmitteleinzelhandels und der Nahrungsmittelindustrie wirtschaften. Drittens sind wirtschaftliche Nöte deutlich geringer verbreitet als in den anderen Clustern. 60 % der Betriebe stehen auf sicheren Füßen – und damit deutlich mehr als in den transformationskritischen Clustern. Außerdem äußern nur 23 % der Landwirt*innen individuelle Abstiegssorgen, ein im Vergleich der Cluster sehr geringer Wert. Die vergleichsweise positiven wirtschaftlichen Einschätzungen dürften zumindest teilweise auf die anders gelagerten Erwartungen der Träger*innen der ökosozialen Systemkritik zurückgehen: Viele der in diesem Cluster versammelten Landwirt*innen betreiben ihre Landwirtschaft als gesellschaftspolitisches Alternativprojekt.

5 Die Proteste 2023/24 als Gegenbewegung zur sozial-ökologischen Transformation

Nachdem wir die unter Landwirt*innen in Deutschland generell verbreiteten Haltungen zur Transformation des Agrarsektors vorgestellt haben, gehen wir in diesem Abschnitt der Frage nach, von welchen Transformationsperspektiven die Landwirtschaftsproteste im Winter 2023/24 getragen wurden (siehe Tab. 3). Dabei fällt auf, dass Landwirt*innen mit transformationskritischen Haltungen deutlich höhere Beteiligungs- und Organisationsquoten aufweisen als ihre Berufskolleg*innen mit transformationsaffinen Sichtweisen: Ungefähr neun von zehn Teilnehmer*innen an den Landwirtschaftsprotesten gehörten zu den Träger*innen der klimawandelskeptischen Transformationsopposition und der liberalen Bevormundungskritik, unter den Organisator*innen von Veranstaltungen war der Anteil der beiden transformationskritischen Haltungen sogar noch etwas höher. Unter den Protestteilnehmer*innen sind die auf der Relativierung des menschengemachten Klimawandels basierende Transformationsopposition und die Verantwortung für die

ökologischen Probleme externalisierende Bevormundungskritik mit 44 % gleich stark vertreten, unter den Organisator*innen von Veranstaltungen ist die politisch dem Rechtspopulismus nahestehende Transformationsopposition mit 52 % sogar stärker vertreten als die im Konservatismus beheimate Bevormundungskritik mit einem Anteil von 40 %. Aufgrund der deutlich geringeren Protest- und Organisationsquoten und ihrer geringeren absoluten Verbreitung spielten die grün-konservative ökologisierungsoffene Bürokratiekritik kaum eine und die grün-alternative ökosoziale Systemkritik faktisch gar keine Rolle in der Protestwelle 2023/24.

Tabelle 3: Protestbeteiligung und Protestorganisation nach Transformationsperspektiven

	Beteiligung an den Protesten	Organisation der Proteste
Klimawandelskeptische Transformationsopposition	44,3 %	52,4 %
Libérale Bevormundungskritik	44,0 %	39,0 %
Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik	9,7 %	7,4 %
Ökosoziale Systemkritik	2,1 %	1,3 %

Was lässt sich nun aus dem Blick auf die Haltungen der Protestierenden zur beginnenden Transformation über den Charakter der Landwirtschaftsproteste im Winter 2023/24 lernen? Aufschlussreich sind sowohl die Gemeinsamkeiten der beiden protesttragenden Haltungen als auch die Differenzen zu jenen Sichtweisen, die sich nicht oder nur wenig an den Protesten beteiligt haben.

Transformationsperspektiven der Protestierenden: Transformationsopposition und Bevormundungskritik

Der Vergleich der beiden protesttragenden Transformationsperspektiven – der klimawandelskeptischen Transformationsopposition und der liberalen Bevormundungskritik – zeigt deutliche Gemeinsamkeiten, die die beiden Haltungen zugleich von der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik und der ökosozialen Systemkritik unterscheiden. Zwar schauen alle vier Haltungen kritisch auf die aktuelle Agrarpolitik – insgesamt sind gerade einmal 3 % der Landwirt*innen mit der Agrarpolitik zufrieden –, allerdings wird die Kritik jeweils aus einer spezifischen Perspektive formuliert. Insbesondere vier Aspekte einen die klimawandelskeptische Transformationsopposition und die liberale Bevormundungskritik – und unterscheiden sie zugleich von den beiden transformationsaffinen Haltungen, die sich trotz ihrer ebenfalls markanten Kritik an der aktuellen Agrarpolitik kaum an der Protestwelle beteiligten: die grundlegende Skepsis gegenüber der Ökologisierung der Landwirt-

schaft, die Ablehnung einer aktiven Rolle des Staates in der Transformation, die Konstruktion eines Stadt-Land-Gegensatzes und die Forderung eines agrarpolitischen Rollbacks.

Die beiden protesttragenden Transformationsperspektiven zeigen sich erstens ausgesprochen skeptisch gegenüber einer Ökologisierung der Landwirtschaft. Zwar speist sich diese Skepsis aus unterschiedlichen Quellen: Die Transformationsopposition relativiert den menschengemachten Klimawandel, während die Bevormundungskritik die Verantwortung für Biodiversitätsverluste, Umweltverschmutzung und Ressourcenübernutzung auf andere Branchen abwälzt. Die grundlegende Skepsis gegenüber einem ökologischen Umbau der Landwirtschaft ist beiden Haltungen jedoch gemeinsam:

„Die künstlich von den Regierenden gepushte ökologische Landwirtschaft ist völlig am Markt vorbei. Die Auflagen in Deutschland sind im Verhältnis zu anderen EU-Ländern zu hoch. Es ist nicht möglich, die Produkte kostendeckend oder mit Gewinn zu produzieren.“ (Konventioneller Landwirt, klimawandelskeptische Transformationsopposition)

Transformationsopposition und Bevormundungskritik verbindet zweitens – auch das ist bereits in dem Zitat angeklungen – eine Aversion gegen eine aktive staatliche Steuerung der Transformation. Die Träger*innen der klimawandelskeptischen Transformationsopposition sehen in der von der Agrarpolitik angeschobenen Ökologisierung einen ideologisch motivierten Angriff von NRO und Umweltschützer*innen, liberale Bevormundungskritiker*innen einen Übergriff des Staates in die eigene unternehmerische Freiheit. Drittens sind die beiden protesttragenden Transformationsperspektiven in Vorstellungen eines gesellschaftsprägenden Stadt-Land-Gegensatzes eingebettet. Charakteristisch für die Transformationsopposition ist das Bild von einem Kulturkampf zwischen Landbevölkerung und urbanen grünen Milieus, aber auch die liberale Bevormundungskritik betont die Existenz von strukturellen Interessengegensätzen zwischen Stadt und Land. Und viertens teilen die beiden protesttragenden Haltungen die Forderung eines „Weiter so wie in Vortransformationszeiten“. Die klimawandelskeptische Transformationsopposition und die liberale Bevormundungskritik eint der Wunsch, die Greeningmaßnahmen seit den 2000er Jahren zurückzunehmen und damit zur Agrarpolitik vor Beginn der Ökologisierung zurückzukehren.

Auch der Blick auf die soziale Basis der beiden protesttragenden Transformationsperspektiven ist instruktiv. Sowohl die klimawandelskeptische Transformationsopposition als auch die liberale Bevormundungskritik wird vermehrt von Landwirt*innen von konventionellen Großbetrieben artikuliert, die in den vergangenen Jahren Kredite aufgenommen haben. Landwirt*innen, die in der Vergangenheit dem Leitspruch des ‚Wachsens oder Weichens‘ gefolgt sind, in Erweiterungen des

Betriebs oder in neue Technik investiert haben, weisen somit mit höherer Wahrscheinlichkeit eine der beiden protesttragenden Haltungen zur Transformation auf. Politisch – und auch das ist interessant – unterscheiden sich die klimawandelskeptische Transformationsopposition und die liberale Bevormundungskritik allerdings. Die Analyse der Parteipräferenzen hat gezeigt, dass erstere Nähe zum Rechtspopulismus aufweist, letztere fest im Konservatismus verankert ist. In diesem Sinne wurde die Protestwelle 2023/24 von einer konservativ bis rechtspopulistischen Koalition getragen.

Geringe Protestbeteiligung: Ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und ökosoziale Systemkritik

Die beiden Haltungen, die sich kaum oder fast gar nicht an der Protestwelle 2023/24 beteiligten, die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik, unterscheiden sich in den vier angesprochenen Punkten fundamental von den protesttragenden Transformationsperspektiven: beide Haltungen kritisieren erstens die konventionell-industrielle Landwirtschaft und fordern aktiv eine Ökologisierung der Landwirtschaft, akzeptieren zweitens eine stärkere Rolle staatlicher Rahmensetzung in der Nachhaltigkeitstransformation, sehen drittens die gesellschaftliche Dynamik nicht von Stadt-Land-Gegensätzen dominiert und lehnen viertens ein „Weiter so“ der industrialisierten Landwirtschaft ab. Aus den Interviews wird deutlich, dass zwar auch die Landwirt*innen mit transformationsaffinen Haltungen die aktuelle Agrarpolitik kritisieren und durchaus Gründe für Protestaktivitäten sehen; im Winter 2023/24 hielt viele die Sorge, die Landwirtschaftsproteste könnten zu Rückschritten bei der Ökologisierung führen, jedoch von einer Beteiligung an den Demonstrationen ab:

„Bei Bauernprotesten hat mich das mit dem Agrardiesel abgeschreckt. Persönlich denke ich, dass es eine schwachsinnige Forderung ist. Ich beantrage das zwar auch, frage mich aber, warum ich Geld dafür kriege, dass ich einen fossilen Rohstoff verbrenne. Das ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß. [...] Eigentlich hätte man doch diese ganze Diskussion eher so in Richtung Klimadebatte führen müssen. Aber dadurch wurden die Bauernproteste vereinnahmt, über die wirklich wichtigen Fragen wurde nicht mehr gesprochen.“ (Bio-Landwirtin, ökosoziale Systemkritik)

Auch die soziale Basis der beiden transformationsaffinen Haltungen weist Gemeinsamkeiten auf, die sie zugleich von jenen der protesttragenden Transformationsperspektiven unterscheiden. Die Durchschnittsgrößen der Betriebe sind deutlich geringer, die Bio-Anteile höher und regionale Selbstvermarktung verbreiteter – hierin spiegeln sich die Unterschiede in der gesellschaftlichen Einbettung zwischen

den zwei transformationsaffinen und den beiden ökologisierungablehnenden Haltungen. Während die protesttragenden Haltungen ihre soziale Basis in konventionellen Großbetrieben haben, die fest in den etablierten Modernisierungspfad integriert und offensichtlich vielfach dem Leitspruch des ‚Wachsens oder Weichens‘ gefolgt sind, werden die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik stärker von Landwirt*innen mit regional wirtschaftenden Bio-Kleinbetrieben vertreten. Und auch in den politischen Orientierungen sind Unterschiede zu erkennen: Während die beiden protesttragenden, transformationskritischen Haltungen fest im Konservatismus und Rechtspopulismus verankert sind, finden sich die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik stärker bei grün-konservativen und grün-alternativen Landwirt*innen.

6 Fazit

Um den Charakter der Landwirtschaftsproteste im Winter 2023/24 zu beleuchten, also der Frage nachzugehen, welche Art von politischer (Un-)Willensbekundung den Protestaktivitäten zugrunde lag, hat der Beitrag die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten mit einer politökonomischen Perspektive auf das Greening des landwirtschaftlichen Modernisierungspfads verbunden.

Der Beitrag hat erstens gezeigt, wie unterschiedlich Landwirt*innen auf die sozial-ökologische Transformation des Agrarsektors schauen und wie wenig Rückhalt der aktuelle Transformationspfad in der Landwirtschaft genießt. Die vier unter den Akteur*innen verbreiteten Transformationsperspektiven unterscheiden sich deutlich in der Wahrnehmung des menschengemachten Klimawandels und der Notwendigkeit der Ökologisierung der Landwirtschaft, in den Einschätzungen der aktuellen Agrarpolitik sowie in der Konstruktion des Verhältnisses von Landwirtschaft und Gesellschaft – und haben ihre Schwerpunkte in unterschiedlichen Bereichen der Landwirtschaft und des politischen Spektrums. Bemerkenswerterweise findet sich trotz der Unterschiede zwischen den vier Transformationsperspektiven keine positive Sichtweise auf die beginnende Transformation des Agrarsektors. Kritisiert wird entweder das Ziel der Ökologisierung an sich oder die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels: (1) Ausgehend von einer Relativierung bzw. Leugnung des menschengemachten Klimawandels und der drängenden Umweltprobleme der Gegenwartsgesellschaften erlebt die klimawandelskeptische Transformationsopposition das Greening des seit den 1960er Jahren etablierten industriellen Modernisierungspfades als „ideologischen“ Angriff von Umweltschützer*innen, NRO und Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf die Landwirtschaft von außen. Die Transformationsopposition findet sich häufiger bei Landwirt*innen von konventionellen

Großbetrieben und solchen, die in den letzten Jahren in die Modernisierung und Erweiterung des Betriebs investiert haben. Auffälliger ist zudem die politische Nähe dieser Transformationsperspektive zum Rechtspopulismus. (2) Die liberale Bevormundungskritik externalisiert die Verantwortung für die ökologischen Probleme und konstruiert die beginnende Transformation als Übergriff des Staates auf die unternehmerische Freiheit der Landwirt*innen. Betriebsstrukturell weist die politisch im Konservatismus beheimatete Bevormundungskritik gewisse Parallelen zur Transformationsopposition auf: Konventionelle, größere und jüngst modernisierte Betriebe sind in dieser Gruppe ebenfalls überrepräsentiert. (3) Die ökologisierungsoffene Bürokratiekritik erkennt die Notwendigkeit einer Ökologisierung der Landwirtschaft, erlebt die Umsetzung der agrarpolitischen Maßnahmen jedoch als bürokratische Gängelung. Betriebsstrukturell fällt der erhöhte Anteil an Bio-Betrieben mit Selbstvermarktung auf, politisch stellt die Bürokratiekritik eine grün-konservative Haltung dar. (4) Die ökosoziale Systemkritik sieht in dem menschengemachten Klimawandel eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart und fordert einen tiefgreifenden Umbau der Landwirtschaft, der sich nicht auf eine Veränderung einzelner landwirtschaftlicher Praktiken beschränkt, sondern auch die Infrastruktur der industrialisierten Landwirtschaft miteinschließt. Die bisherigen Ökologisierungsmaßnahmen werden als Verschleppung der sozial-ökologischen Transformation kritisiert. Politisch kann diese Haltung als grün-alternativ charakterisiert werden, zudem findet sich die ökosoziale Systemkritik häufig in biologisch wirtschaftenden Kleinbetrieben mit regionaler Selbstvermarktung.

Zweitens verdeutlicht die Analyse, dass die Protestwelle vom Winter 2023/24 von einem spezifischen Ausschnitt der Landwirtschaft in Deutschland getragen wurde, und zwar von Landwirt*innen mit kritischen Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation. Dominiert wurde die Protestbewegung nämlich von den klimawandelskeptischen Transformationsgegner*innen und den liberalen Bevormundungskritiker*innen, während sich Landwirt*innen, die der Ökologisierung offen gegenüberstehen, kaum an den Demonstrationen beteiligten. Zwar kritisieren auch die Träger*innen sowohl der ökologisierungsoffenen Bürokratiekritik als auch der ökosozialen Systemkritik zum Teil vehement den aktuellen Transformationspfad; in den Interviews wurde jedoch die rückblickend durchaus begründete Sorge deutlich, dass die Proteste letztendlich zu Rückschritten bei der von beiden Haltungen für dringend erforderlich erachteten Ökologisierung der Landwirtschaft führen würden. Der Vergleich der beiden protesttragenden Transformationsperspektiven – der klimawandelskeptischen Transformationsopposition und der liberalen Bevormundungskritik – zeigt eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die diese Haltungen zugleich von den positiv auf das Ziel der Ökologisierung schauenden Perspektiven unterscheiden und deswegen als Kern der Protestwelle vom Winter 2023/24 gelten können: die grundlegende Skepsis gegenüber der Ökologisierung, die

Ablehnung einer aktiven Rolle des Staates in der Transformation, das Bild einer von Stadt-Land-Gegensätzen geprägten Gesellschaft und die Forderung eines agrarpolitischen Rollbacks. Mit Blick auf die betriebsstrukturellen Merkmale fällt zudem auf, dass die transformationstragenden Haltungen vor allem bei Landwirt*innen aus größeren konventionellen Betrieben zu finden sind und solchen, die in der jüngeren Vergangenheit in Modernisierung bzw. Erweiterung investiert haben. Zu guter Letzt legen die Parteipräferenzen der Landwirt*innen den Schluss nahe, dass die Proteste von einer konservativ-rechtspopulistischen Koalition getragen wurden.

Der Charakter der Landwirtschaftsproteste 2023/24 ist auch über die sozialwissenschaftliche Agrarforschung hinaus interessant. Angesichts der zahlenmäßig großen Beteiligung über mehrere Monate handelte es sich bei der Protestwelle wahrscheinlich um die mit Abstand größte Bewegung gegen die sozial-ökologische Transformation in der Geschichte der Bundesrepublik. Obwohl die ökologischen Nebenfolgen der Industrialisierung der Landwirtschaft – Treibhausgasemissionen, Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung sowie Biodiversitätsverluste – wissenschaftlich gut dokumentiert sind und viele Landwirt*innen schon seit geraumer Zeit unter den sozialen Nebenfolgen des auf Produktivitätssteigerungen und niedrige Preise fokussierten Modernisierungspfades leiden, verteidigte die Bewegung faktisch diesen Pfad gegen dessen Greening durch die europäische und nationale Agrarpolitik. Hilfreich für ein Verständnis dieser auf den ersten Blick paradoxalen Situation ist eine politökonomisch erweiterte Perspektive auf die agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen. Bei der letzteren handelte es sich nämlich um kleinstmögliche Anpassungen des etablierten Modernisierungspfades, die nicht auf eine bestmögliche Bearbeitung der ökologischen Herausforderungen der Gegenwartsgesellschaften zielen, sondern nur die größten ökologischen Nebenfolgen eindämmen sollen, um zugleich an den ökonomischen Eckpunkten des seit den 1960er Jahren etablierten Pfades der industriellen Modernisierung der Landwirtschaft festzuhalten. Auch wenn sich durchaus Interessenunterschiede zwischen den in der Infrastruktur der industrialisierten Landwirtschaft investierten Unternehmen aus dem Lebensmitteleinzelhandel, der Nahrungsmittelindustrie, der Agrartechnik, der Agrarchemie und der Genetik zeigen: Die Kontinuität der in der Infrastruktur verankerten Machtungleichgewichte ermöglicht es den Akteur*innen jedoch, ihre wirtschaftlichen Interessen weitgehend unberührt von den eingeschlagenen Ökologisierungsmaßnahmen weiterzuverfolgen und die Anpassungslasten in Form steigender Kosten, zeitlichen Mehraufwandes oder der Aneignung neuen Wissens mehrheitlich auf die landwirtschaftlichen Betriebe abzuwälzen – und das obwohl der vom Modernisierungspfad zwar nicht allein hervor gebrachte, aber zumindest mit angestoßene Strukturwandel vor allem kleine und mittlere Betriebe schon lange unter Druck setzt.

Hajo Holst ist Professor für Wirtschaftssoziologie an der Universität Osnabrück. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Dynamiken der sozial-ökologischen Transformation, Ungleichheiten in der Digitalisierung der Arbeitswelt, die digitale Transformation der Automobilindustrie im internationalen Vergleich und die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie.

Steffen Niehoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Wirtschaftssoziologie an der Universität Osnabrück. Er beschäftigt sich mit der sozial-ökologischen Transformation, Fragen zur post-pandemischen Arbeitswelt und sozialer Ungleichheit sowie mit quantitativen Methoden.

Martin Franz ist Professor für Humangeographie mit wirtschaftsgeographischem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück. Er beschäftigt sich unter anderem mit der nachhaltigen Transformation von Agrifood-Netzwerken und Landnutzung sowie mit den Reaktionen unterschiedlicher Akteur*innen auf Risiken und Krisen.

Literatur

- ASE 2024: Agrarstrukturerhebung 2024. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Bethge, Sabrina/Lakner, Sebastian 2023: Farmers' Attitudes toward the Future of Direct Payments: An Empirical Study from Germany. In: German Journal of Agricultural Economics 72(1), 34–46.
- Birch, Kean 2019: Neoliberal Bio-Economies? The Co-Construction of Markets and Natures. London: Palgrave Macmillan.
- BÖLW 2025: Branchenreport – Bio entlang der Wertschöpfungskette. Berlin: Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft.
- Bohnsack, Ralf 2014: Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in qualitative Methoden. Leverkusen: Budrich.
- Bose, Sophie/Dörre, Klaus/Köster, Jacob/Lütten, John 2020: Nach der Kohle II. Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel 2017: Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik 64(1), 21–38.
- Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna 2024: Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: Berliner Journal für Soziologie 34(1), 9–46.
- Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/von Faber, Linda/Schmelzer, Matthias 2024: Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um die Transformation. Frankfurt a.M.: Campus.
- Feindt, Peter H./Grohmann, Pascal/Häger, Astrid/Krämer, Christine 2021: Verbesserung der Wirksamkeit und Praktikabilität der GAP aus Umweltsicht. Berlin: Umweltbundesamt.
- Fickel, Thomas/Anderl, Felix 2024: Markt, Macht und Affekt: Ein Erklärungsversuch der widersprüchlichen Landwirtschaftsproteste in Deutschland. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 37(2), 174–195.
- Finger, Robert/Fabry, Anna/Kammer, Marie/Candel, Jeroen/ Dalhaus, Tobias/Meemken, Eva Marie 2024: Farmer Protests in Europe 2023–2024. EuroChoices 23(3), 59–63.
- Fox, Nick J. 2022: Green capitalism, climate change and the technological fix: A more-than-human assessment. In: The Sociological Review 71(5), 1115–1134.

- Franz, Martin/Neise, Thomas/Holst, Hajo/Niehoff, Steffen* 2025: Discontented agricultural transformation – why are farmers protesting in Germany? In: *Journal of Rural Studies* 120, 103837.
- Gazmarin, Alexander F./Krashinsky, Lewis* 2023: Driving Labor Apart: Climate Policy Backlash in the American Auto Corridor. SSRN Electronic Journal 4633502.
- Heinze, Rolf G.* 2022: Bauernproteste: Seismographen für Transformationsprobleme. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72(15–17), 21–26.
- Hirte, Katrin* 2014: Agrargiganten im Osten – zur neuerlichen Transformation der transformierten ostdeutschen Agrarstrukturen. In: Brähler, Elmar/Wagner, Wolf (Hg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 277–290.
- Holst, Hajo/Niehoff, Steffen/Franz, Martin* 2025: Wie Landwirte und Landwirtinnen auf die Ökologisierung des Agrarsektors schauen. In: Henkel, Anna/Kussin, Matthias/Brandhuber, Holli/Hirte, Katrin/Scheler, Laura (Hg.): *Agrarwissen in der Reflexion. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation von Landwirtschaft*. Bielefeld: transcript, 231–248
- Kleemann, Frank/Krähnke, Uwe/Matuschek, Ingo* 2013: *Interpretative Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Lockwood, Matthew* 2018: Right-Wing Populism and the Climate Change Agenda: Exploring the Linkages. *Environmental Politics* 27 (4), 712–732.
- Matthews, Alan* 2024: Farmer protests and income developments in the EU. In: *The Political Quarterly* 95(2), 344–349.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristobal R.* 2017: *Populism. A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Neckel, Sighard* 2020: Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt. In: *Mittelweg* 36 29(6), 82–100.
- Patterson, John J.* 2023: Backlash to climate policy. In: *Global Environmental Politics* 23(1), 68–90.
- Pieper, Janna L./Niens, Christine/Bolten, Anika/Wicklow, Dagmar/ Nack, Monika/Storm, Franziska/Refisch, Martin/Geef, Leonie/Neu, Claudia* 2023: *Die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland. Soziologische Befunde. Forschungsbericht*. Göttingen: Georg-August Universität Göttingen.
- Pongratz, Hans* 1987: Bauern am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern. In: *Soziale Welt* 38(4), 522–544.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Kadelke, Philipp/Humpert, Franziska/Möstl, Christian* 2020: *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze*. München: Oekom-Verlag.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam* 2022: Sozial-ökologische Transformationskonflikte: Konturen eines Forschungsfeldes. In: *ZfP – Zeitschrift für Politik* 69(4), 451–468.
- Uekötter, Frank* 2010: *Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- van der Ploeg, Jan D.* 2020: Farmers' upheaval, climate crisis and populism. *The Journal of Peasant Studies* 47(3), 589–605.
- van Halm, Isabeau* 2022: The Dutch nitrogen crisis shows what happens when policymakers fail to step up. *Energy Monitor*, 16. August 2022.
- Villamor, Grace B./Palomo, Ignacio/Santiago, Cesar A. Lopez/Oteros-Rozas, Elisa/Hill, Joe* 2014: Assessing stakeholders' perceptions and values towards social-ecological systems using participatory methods. *Ecological Processes* 3, 1–12.
- Weiland, Sabine* 2024: Umwelt- und Nachhaltigkeitskonflikte in europäischer Landwirtschaft und Agrarpolitik. Plädoyer für eine systemische Perspektive. In: Sonnberger, Marco/Bleicher, Alena/Groß, Matthias (Hg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 791–803.

- Wirth, Christian/Bruehlheide, Helge/Farwig, Nina/Marx, Jori/Settele, Josef* 2024: Faktencheck Artenvielfalt. Bestandsaufnahme und Perspektiven für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland. München: Oekom-Verlag.
- Wittmayer, Julia M./Avelino, Flor/van Steenbergen, Frank/Loorbach, Derk* 2017: Actor roles in transition: Insights from sociological perspectives. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 24, 45–56.
- Yazar, Mahir* 2023: Episodic populist backlashes against urban climate actions. *Urban Studies* 61(12), 2452–2466.